

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion abgelehnt worden.

Wir haben - drittens - über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/8490 zu entscheiden. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. abgelehnt worden.

Schließlich ist - viertens - über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8495 zu entscheiden. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

(B)

Ich rufe damit die Ergänzung der Tagesordnung auf:

**Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
- Landesbauordnung - (BauO NW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/7153

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen
Drucksache 11/8435

dritte Lesung

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß nach der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs am ver-

gangenen Mittwoch keine weitere Ausschlußberatung mehr stattgefunden hat, das heißt, daß Grundlage der heutigen Beratung und Beschlußfassung der Bericht des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen zur zweiten Lesung Drucksache 11/8435 ist.

(C)

In die Beratung mit einbezogen wird der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8469.

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Herr Kollege Wolf für die Fraktion der SPD, bitte schön!

Abgeordneter Wolf¹ (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns am Mittwoch ja sehr ausführlich über dieses Gesetz unterhalten. Ich möchte Wiederholungen uns allen ersparen, da die Positionen der Fraktionen deutlich und klar geworden sind.

Ich möchte Ihnen statt dessen eine kleine Geschichte erzählen, die jedem von Ihnen passieren kann, der von seiner Fraktion beauftragt wird, ein Gesetz, das sehr umfangreich und nicht ganz unumstritten ist, zu einer sachgerechten Lösung zu führen. Diese Geschichte können Sie singen nach der Melodie "10 kleine Negerlein".

(D)

Da sagt der Kollege, von dem ich hier rede - nennen wir den Kollegen "W." aus Essen -, einem sehr wichtigen Partner bei einem solchen Gesetzgebungsverfahren, dem Städtetag, der ja viel mit der Ausführung zu tun hat, zu: Eure 20 Vorschläge werden ernsthaft geprüft, die nehmen wir wörtlich in die Sachdebatte auf und arbeiten das ab.

Dann gibt es am 6. Dezember vom Ministerium aufgrund der Befragung im Ausschuß eine Stellungnahme. In diese Stellungnahme werden sieben dieser Vorschläge übernommen, bleiben 13. Die schickt dieser Kollege W. aus Essen dem Städtetag zu und sagt denen: Laßt uns darüber reden, denn zu den anderen 13 Vorschlägen werden hier Argumente gebracht, über die man einmal diskutieren muß.

Am 02.01. kriegt er einen Brief vom Städtetag: "Wir freuen uns, daß das MBW NW eine Reihe unserer Vorschläge aufgegriffen hat, müssen jedoch leider feststellen, daß auch einige gewichtige Vorschläge abgelehnt wurden."

(Wolf [SPD])

- (A) Nun begibt sich dieser Kollege am 11.01. in die Höhle des Löwen, zum Städtetag, und redet mit den Amtsleitern verschiedener Bauordnungsämter aus Nordrhein-Westfalen. Da wird heftig diskutiert. Ein Vorschlag war: Tragt nicht nur eine Bau-last beim Bauordnungsamt ein, sondern, wenn die Nachbarn sich einig sind, dann räumt doch die Möglichkeit ein, Grundbucheintragungen zu machen.

Nach 20 Minuten steht der Saal quer, weil: 17 Bauordnungsamtsleiter, 28 Meinungen. Der Diskussionsleiter bricht ab und sagt: Wenn wir uns nicht einig sind, ziehen wir das zurück. Da waren von den 13 nur noch acht übrig.

Dann wird diskutiert und diskutiert. Es bleiben vier übrig, und der Kollege W. aus Essen bekommt am 12.01. ein Schreiben des Städtetages: "Wie wir schon mehrfach und auch in unserem Gespräch am 11.01.1995 zum Ausdruck gebracht haben, unterstützen wir die Zielsetzung der Beschleunigung und Vereinfachung von Baugenehmigungsverfahren. Wegen des fortgeschrittenen Verfahrensstadiums möchten wir auf der Grundlage unseres gestrigen Gesprächs nur noch einmal folgende Punkte aufgreifen, die uns gerade vor dem Hintergrund der Ziele dieser Gesetzesnovelle unverzichtbar erscheinen." Vier!

- (B) Dann gibt es am 27.01. - Sie alle waren schon auf dem Weg nach Hause - ein Gespräch mit dem Geschäftsführer des Städtetages, der Ministerin Brusis und dem Kollegen W. aus Essen. Da wird über diese vier Vorschläge gesprochen. Der erste dreht sich um den § 3, Allgemeine Anforderungen, nach dem Motto: Was schreiben wir ins Gesetz, "allgemeine Anforderungen" oder "eingeführte technische Regeln"?

Wir stellen in der Diskussion fest: Die allgemein anerkannten technischen Regeln sind sowieso überhaupt nicht wegzudiskutieren. Immer, wenn es zwischen Bauherren und Bauträger Streit gibt, sagt jedes Gericht: Es sind die anerkannten Regeln der Technik zu beachten.

Wir haben also gesagt: Okay. Da wir das jetzt alle gemeinsam wissen, schreiben wir in § 3 des Gesetzes hinein, damit klar ist, was ihr zu prüfen habt: "Die eingeführten Regeln der Technik sind zu beachten." Also: Der Wunsch des Städtetages ist aufgenommen.

Dann gab es einen Wunsch zur Prüfung des Brandschutzes. Die sagen: Wir haben doch die Praktiker bei uns in den Ämtern und bei der Feuerwehr.

Dann gab es ein langwieriges Gespräch zum Verfahren mit dem Innenminister - darin ist auch eine für alle zufriedenstellende Regelung gefunden worden.

Dann gab es einen Vorschlag zum § 73 "Behandlung des Bauantrages". Müssen die Bauordnungsämter, wenn die Anträge unvollständig sind, zurückweisen, oder sollen sie zurückweisen? Wir reden lange darüber. Schließlich sagt der Geschäftsführer: "sollen"; denn wir sind ja Dienstleister, und wenn es mit einem Anruf zu erledigen ist, was noch fehlt, warum sollen wir denn dann die Anträge zurückweisen? Das ist doch bürgerfreundlich! Also war auch der dritte Vorschlag weg.

Blieb das Freistellungsverfahren übrig. Auf die Frage, "Darf ein Gesetzgeber nicht auch einmal etwas ausprobieren wollen?", sagten die: Na ja, davor haben wir ein bißchen Angst. Aber wenn das denn politisch so ist, dann verzichtet wenigstens in diesem § 68 auf die Formulierung, die darin steht, sondern macht eine andere, damit klar wird, daß wir nicht prüfen müssen. - Wird gemacht!

Also, von den vieren blieb im Prinzip nichts übrig, nur atmosphärisch: Eigentlich sind wir an der Stelle ängstlich.

Da geht der Kollege W. ein paar Tage später in seine Fraktion und sagt: Das ist alles sachgerecht abgearbeitet, es bleibt noch eine atmosphärische Störung; wir können damit leben. Die Fraktion stimmt zu. - Zwei Tage später gucken in alle schein an; denn der gleiche Städtetag, der ihm diese fröhlichen und freundlichen Briefe geschrieben hat, macht eine Presseerklärung: Es hat sich leider gezeigt, daß weder die Anhörung im Landtag noch darauf folgende Gespräche der Landesregierung zu einer substantiellen Änderung ihres Gesetzentwurfs veranlaßt haben.

(Hört, hört! bei der SPD)

Sie können das selber werten. Ich will Ihnen auch noch ein paar Zahlen nennen. Wenn Sie die Beschlüßvorlage sehen, werden Sie feststellen, daß

(Wolf (SPD))

- (A) von den 33 substantiellen Änderungen 24 vom Städtetag kamen, also 73 %. Daß wir da keine substantielle Änderung des Städtetages aufgegriffen haben, werten Sie bitte selber. Aber ich kann ja mit dem Städtetag jetzt nicht mehr reden, sondern kann Ihnen noch einmal sagen, welche Argumente nun nach der Presseerklärung übriggeblieben sind.

Das erste Argument: 5 % gingen in die Freistellung, für 95 % würde es länger. Wissen Sie, darin steckt eine Unterstellung, daß nämlich Architekten und Ingenieure doof sind, daß sie nicht unterscheiden können: Ist es ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren, ist es ein normales Bauantragsverfahren oder ist es ein Freistellungsverfahren? Denn dieses Argument bedeutet, die geben es erst einmal ab und sagen, es ist Freistellung. - Das kann jeder von Ihnen nachvollziehen.

Zweites Argument: Man muß als Bauherr von Pontius zu Pilatus laufen. Normalerweise ist es so, daß man einem Architekten einen Auftrag gibt, der kümmert sich um alles, holt alles ein, der Bauherr hat gar nichts damit zu tun. In 95 %, sagten sie uns, macht der Statiker das sowieso. Also, es wird nicht schlechter, es kann höchstens besser werden, weil der Entwurfsverfasser heute sachverständiger wird und das demnächst auch testieren kann.

- (B) Bleibt das letzte Argument: Doch führe bei einer Beteiligung der politischen Gremien das Freistellungsverfahren zu einer erheblichen Verzögerung. Die Landesbauordnung verlangt nicht, daß die Bezirksvertretung zu beteiligen ist, das regeln die Städte selbst.

Werten Sie bitte die drei Argumente, die jetzt noch gekommen sind, ob das wirklich eine sachgerechte Ablehnung dieses Gesetzentwurfs erfordert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde von meinen Kollegen scheel angesehen. Wissen Sie, damit kann ich leben, weil mir einer in diesem Haus gutgetan hat, das war der Kollege Püll in der Ausschußberatung. Er sagte: Meine Kollegen von der CDU lehnen das ab, sicherlich aus motivierten politischen Gründen. Ich als Fachmann habe bei der letzten Bauordnung mitgemacht und sage, das ist wirklich ein erheblicher Fortschritt, ich stimme deshalb zu. - So etwas tut gut. Er wird heute nicht da sein,

(Heiterkeit bei der SPD)

(C)

aber so etwas tut gut. In einer Zeit, wo das Rad seit ein paar tausend Jahren erfunden ist, ist ein kleiner Fortschritt etwas, wo wir uns alle wirklich rühmen können, wenn wir das erreichen. In diesem Sinne wird die SPD-Fraktion der neuen Novellierung der Landesbauordnung zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile der Frau Kollegin Decking-Schwill für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordnete Decking-Schwill¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wolf, es rührt mich ja zu Tränen, welche schmerzlichen Erfahrungen Sie mit dem Städtetag gemacht haben.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Mit seiner Fraktion!)

- Auch noch mit seiner Fraktion, wirklich! - Und daß Sie nun noch einen Freund haben, das freut mich außerordentlich.

(D)

(Heiterkeit)

Diese überflüssige Veranstaltung, meine Damen und Herren, zeigt einmal mehr die mangelnde Ernsthaftigkeit der SPD, die sich schon bei der Behandlung dieses Gesetzentwurfs über die letzten Monate hin gezeigt hat. Sie beweist auch, daß Sie gar nicht mehr beraten wollten, sonst hätten Sie doch der Rücküberweisung zugestimmt; das haben Sie nicht getan.

Ich bleibe dabei: Nahezu alle Fachleute und sonstigen Beteiligten bis hin zu den Verbraucherverbänden halten den Gesetzentwurf für unausgegoren. Er erinnert mich fatal an das andere große Gesetzeswerk der Landesregierung in dieser Legislaturperiode, nämlich das Kindertagesstätten-gesetz. Erinnern Sie sich: Dessen Entwurf hat einen Aufschrei ausgelöst - genauso wie dieses Gesetz hier - bei allen Fachleuten und Betroffenen. Wenn ich mich richtig erinnere, mußte es jetzt in zwei Jahren auch schon zwei Mal geändert werden. Und den Minister, der uns das beschert hat, gibt es schon gar nicht mehr.

(Decking-Schwill [CDU])

- (A) Diesem Gesetz wird es nicht besser gehen - und Ihnen vielleicht auch nicht, Frau Brusis.

(Abgeordneter Heinemann [Dortmund]
[SPD]: Sie werden aber auch von Tag zu Tag schlechter!)

Wir lehnen den Gesetzentwurf ab, weil das Klassenziel "einfacher, schneller, preiswerter" nicht erreicht wurde. Das muß ich hier einfach wiederholen, Herr Wolf, wenngleich Sie mit Ihrem Ablenkungsmanöver uns hier Sand in die Augen streuen wollten. Es ist nicht mehr als ein Ablenkungsmanöver, die Kernpunkte sind nicht erreicht worden, die Zielsetzung ist nicht erreicht worden.

(Abgeordneter Jentsch [SPD]: Sie haben nur nicht hingehört!)

Die drei wesentlichen Knackpunkte Freistellungsregelung, Sachverständigenwesen und Bauvorlageberechtigung für Ingenieure hätten noch intensiver Beratung bedurft, um zu einer zukunftsweisenden Lösung zu kommen.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das muß man entscheiden, Frau Kollegin!)

- (B) Wir haben am Mittwoch ausführlich unsere Argumente dargelegt, so daß ich sie hier nicht wiederholen werde. Außerdem liegt unser Entschließungsantrag vor, in dem weitreichende Verbesserungsvorschläge enthalten sind. Wir fordern Sie noch einmal auf: Ziehen Sie Ihren Entwurf zurück und lassen Sie uns neu beraten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Borniertheit, meine Damen und Herren, mit der hier Vorschläge und Sorgen von Betroffenen abqualifiziert worden sind, ist erschreckend. Das, was Sie "neue Wege" in der Bauordnung nennen, das wird vor allem den kleinen Bauherren treffen.

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Decking-Schwill, es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wirth.

Abgeordnete Decking-Schwill*¹ (CDU): Nein, das tut mir leid; wir haben lange genug diskutiert, und meine Zeit ist kurz.

(Zurufe von der SPD)

Das, was "Sie neue Wege" in der Bauordnung nennen, wird vor allen Dingen den kleinen Bauherren treffen. Sie arbeiten der Bauwirtschaft mit ihren Großbetrieben in die Hände und nehmen den hochqualifizierten mittelständischen Unternehmen und den am Bau beteiligten Handwerksbetrieben und Planungsbüros die Luft zum Atmen.

Ihren Verlautbarungen zufolge haben Sie gerade erst den Mittelstand entdeckt. Das lohnt sich ja auch vor der Wahl. Mit Ihrem politischen Handeln betätigen Sie sich jetzt schon als sein Totengräber.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Und noch eins! Baukultur und städtebauliche Gestaltung werden in sträflicher Weise vernachlässigt. Aber das wundert einen ja auch gar nicht, wenn Stadtentwicklung und Bauen auf zwei verschiedene Ministerien aufgeteilt werden, nur um die Frauenquote in der Ministerriege zu erfüllen, was wir immer moniert haben. Wer glaubt, Bauen und Wohnen qualitativ voll verwirklichen zu können, ohne städtebauliche Aspekte von vornherein einzubeziehen, der hat schon die Aufgabenstellung nicht verstanden. Sie, Frau Ministerin, mit Ihrer Mehrheitsfraktion - das muß ich Ihnen leider sagen -, Sie haben gar nichts verstanden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Decking-Schwill. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Abgeordnete Kuhl; bitte schön.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat den Kollegen W. aus Essen ja schon gelobt, und ich muß sagen: Peterchens Märchenstunde - das waren in der Tat interessante fünf Minuten.

(Minister Clement: Es war aber gut gemacht!)

- Ja, es war gut gemacht, Herr Clement. Da haben Sie völlig recht. Ich hätte allerdings dem Kollegen W. aus Essen eigentlich empfohlen, nicht

(Kuhl [F.D.P.]

(A) nur mit den Behörden solche intensiven Gespräche zu führen, also mit dem Städtetag

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Das war ein Beispiel!)

- ja, ja -, sondern sich auch mit den Betroffenen in eine akribische Auseinandersetzung zu begeben.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Die Schornsteinfeger müssen da!)

- Ja, die Schornsteinfeger gehören ja auch - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

- Regen Sie sich doch nicht immer so auf! Junge, du bist doch gar nicht so.

Die Schornsteinfeger sind ja auch eine halbstaatliche Organisation; sie üben hoheitliche Aufgaben aus.

Ich sage noch einmal: Es wäre hilfreich gewesen, sich mit den Betroffenen auseinanderzusetzen. Dazu gehören unter anderem die Bauherren, die Architekten, die Fachplaner.

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

(B) Da will ich Ihnen auch eine Geschichte erzählen, die jedem der Kollegen hier hätte passieren können. Bleiben wir bei dem Kollegen W. Da kommt ein Anwalt, der verschiedene Fachplaner vertritt, zu dem Kollegen W. aus Essen nach Düsseldorf und spricht mit diesem. Der Kollege W. aus Essen erzählt dann diesem Anwalt: Sie haben eigentlich recht, denn es geht hier in einem bestimmten Bereich auch um Besitzstandswahrung, und im Bereich von Schallschutz und Wärmeschutz könnte man eigentlich den Fachplanern, die das ja bisher schon gemacht haben, die den Nachweis erbracht haben, daß sie das können, das eigentlich lassen.

Dann ruft dieser Anwalt seine Fachplaner an, und anschließend ruft ein Fachplaner bei dem Kollegen W. aus Essen an und führt mit diesem Kollegen W. aus Essen sogar ein Gespräch auf dem Flur dieses Gebäudes, muß dann aber erfahren, daß das Gespräch zwischen dem Anwalt und dem Kollegen W. aus Essen leider doch nicht gefruchtet hat, trotz der Versprechungen, weil eben die Fachplaner jetzt nicht mehr darin sind.

(C) Dem Kollegen W. aus Essen sind sicherlich auch die Briefe der Ingenieurkammer bekannt, die am 16. Februar, also gestern, wohl an die Mitglieder der Ingenieurkammer verschickt worden sind. Da heißt es: "Information zum Stand der Beratung zur Sachverständigenordnung". Darin steht, daß nach dem vorliegenden Entwurf der Landesbauordnung der Wärmeschutz von staatlich anerkannten Sachverständigen geprüft und der zugehörige Ausweis von diesen ausgestellt wird, "die allerdings drei Voraussetzungen erfüllen müssen, nämlich Mitgliedschaft in der Ingenieurkammer Bau oder in der Architektenkammer, Teilnahme an einem von der zuständigen Kammer angebotenen fachbezogenen Seminar vor der Antragstellung und mindestens drei Jahre Berufserfahrung in den Fachgebieten Schall- und Wärmeschutz."

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Kuhl, würden Sie eine Frage von Herrn Wolf zulassen?

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Wenn Sie es mir nicht von meiner Redezeit abziehen, selbstverständlich, Herr Präsident.)

- Bitte schön, Herr Kollege Wolf!

(D) Abgeordneter Wolf¹ (SPD): Herr Kollege Kuhl, wenn Sie den Bericht des Ausschusses nehmen und dann in den entsprechenden Paragraphen sehen und auf die Formulierung achten, wo es um Lärm- und Wärmeschutz geht, und dort nachlesen können, daß von Sachverständigen entweder aufgestellt oder geprüft sein muß - was dann auf die Regelung bei den Statikern Bezug nimmt -, würden Sie mir, wenn das so darinsteht - was Sie nachlesen können -, zustimmen, daß das, was der Anwalt aus Bielefeld und der Fachplaner von mir gewollt haben, durchaus erfüllt ist? Oder wollen Sie zu widerlegen versuchen, daß das erfüllt ist? Denn Herr Gerlach, nein, Herr Schulte hat mich angerufen und hat gesagt: Alles in Ordnung!

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Jetzt weiß ich endlich, wer der Kollege W. aus Essen ist. So wird man geoutet, Herr Kollege!

(Heiterkeit)

(Kuhl [F.D.P.]).

- (A) Das ist exakt das Problem. Sie haben zwar recht, daß es so dort steht. Nur: Die Briefe - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

- Ja, wir unterhalten uns ja über das gleiche Thema, und deshalb sage ich auch nichts anderes. Und dann habe ich Ihnen gerade aus dem Schreiben der Ingenieurkammer an den Kollegen Gerlach, den Sie gerade namentlich erwähnt haben, zitiert. Aus diesem Brief der Ingenieurkammer geht nämlich wieder etwas ganz anderes hervor.

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

Ich vermute fast, daß das auch mit der Präsidiumssitzung zusammenhängt, die die Ingenieurkammer während unserer Sitzung bei Ihnen im Büro abgehalten hat. Das ist eben die Art und Weise, wie Sie im Grunde genommen dieses Gesetz hier verabschiedet haben: Bis zur letzten Minute haben Sie selbst noch Änderungsanträge eingebracht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

- (B) Und dann machen wir hier die Farce einer dritten Lesung, die von den GRÜNEN beantragt wurde; gleichzeitig lehnen Sie aber ab, zwischen zweite und dritte Lesung einen bestimmten Zeitraum zu legen, so daß wir darüber noch einmal hätten diskutieren können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Vom vorgestrigen Mittwoch bis zum heutigen Freitag, wo der Punkt auch noch als zweiter Punkt auf der Tagesordnung steht, bleibt überhaupt keine Zeit, auch noch einmal mit den Betroffenen zu diskutieren. Und das haben Sie ganz bewußt verhindert. Deshalb sage ich noch einmal: Das war eine Farce.

Abschließend: Es wird nichts schneller, es wird nichts besser, und es wird nichts billiger - auch das ist ein ganz entscheidender Punkt. Deshalb werden wir dieses Gesetz ablehnen.

Wir fordern Sie ganz herzlich auf, dem gemeinsamen Entschließungsantrag von CDU und F.D.P. zuzustimmen. Dann hätten wir noch einmal die Zeit, in aller Ruhe darüber zu reden. Vielleicht können sich auch die GRÜNEN heute unserem

Entschließungsantrag anschließen. Das wäre ganz vernünftig und zweckdienlich: Dann stünden Sie nämlich ganz allein in diesem Land. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Ihnen, Kollege Kuhl. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Dr. Vesper.

(Abgeordnete Dedanwala [SPD] [auf die leeren Bänke der GRÜNENweisend zum Abgeordneten Dr. Vesper]: Sie haben keinen, der klatscht, Sie brauchen gar nicht anzufangen!)

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Ach, wissen Sie, es reicht mir schon, wenn Sie gleich klatschen, Frau Dedanwala. Oder vielleicht erbarmen sich einige andere. Es kommt ja nicht auf die Quantität und die Lautstärke an, sondern auf die Argumente.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben vorgestern ja den Antrag auf eine dritte Lesung gestellt, und zwar nicht, weil wir eine neue Show-Debatte oder rührende Märchengeschichten vom Kollegen W. aus Essen hören wollten,

(Zuruf des Abgeordneten Wolf [SPD])

sondern weil wir es angesichts gravierender rechtlicher Bedenken

(Och! Och! von der SPD)

für zwingend hielten, daß der Ausschuß über die Angelegenheit noch einmal beriet. Wir halten es nach wie vor für notwendig, sich mit diesen Bedenken auseinanderzusetzen.

Sie von der SPD haben sich dieser Ausschußberatung leider verweigert - ohne Not, wie ich meine -, weil Sie sich mit diesen Argumenten offensichtlich nicht auseinandersetzen wollen oder können, weil Sie ihnen nämlich nichts entgegenzusetzen haben. Damit erübrigt es sich eigentlich, die alten Argumente noch einmal im einzelnen vorzutragen. Uns ging es nicht um ein Ritual, son-

(Dr. Vesper [GRÜNE])

(A) dern um eine weitere Beratung, die wir, wie gesagt, für dringend notwendig hielten und halten.

In der inhaltlichen Bewertung der Landesbauordnung stehen wir GRÜNEN wieder einmal in der Mitte: hier die SPD auf einer Seite, die die Argumente einfach nicht hören und sich mit den Bedenken nicht auseinandersetzen will, da CDU und F.D.P. auf der anderen Seite, die zwar hier, wie Frau Decking-Schwill heute und vorgestern gesagt hat, das große Wort führen, aber in den Ausschußberatungen überhaupt nicht versucht haben, ihre Alternativen deutlich zu machen und durchzusetzen. Das geht meines Erachtens auch nicht, meine Damen und Herren. So einfach kann man es sich nicht machen. Sie haben sich hier den Preis für Schlafmützigkeit verdient, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von CDU und F.D.P.

(Abgeordneter Zellnig [CDU] schüttelt den Kopf.)

Wir wollen eine Landesbauordnung, die Verfahren vereinfacht, die praktikabel ist, die vor allem verbraucherfreundlich ist, und eine Landesbauordnung - das ist ein ganz wichtiger Punkt, meine Damen und Herren -, die von denen, die mit ihr Tag für Tag umgehen müssen, auch akzeptiert wird. Eine Bauordnung, die im Streit steht, bringt nichts. Sie führt nur dazu, daß Verfahren auch aufgrund dieser Konflikte verlängert werden.

(B)

Vor allem möchten wir eine Bauordnung, die nicht den Makel möglicher Rechtswidrigkeit trägt. Dazu haben Sie heute, Herr Kollege W. aus Essen

(Abgeordneter Wolf [SPD] unterhält sich mit Abgeordnetem Kuhl [F.D.P.])

- der gerade mit dem Kollegen K. vom Niederrhein spricht -, leider wieder nichts gesagt.

Meine Damen und Herren, die CDU sagt: Lassen Sie uns neu beraten! - Da frage ich mich: Warum haben Sie denn in der Vergangenheit nicht wenigstens versucht, mit uns gemeinsam zu Änderungen zu kommen?

(Abgeordneter Zellnig [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(C) Warum haben Sie im Ausschuß nicht gekämpft? Sie haben weder Änderungsanträge eingebracht noch diskutiert.

Herr Kollege Wolf, Sie haben darauf hingewiesen, Sie hätten soundsoviel Prozent der Änderungen übernommen. Da muß ich Ihnen einmal ganz ehrlich sagen: Sie sind ja ein schlaues Bürschchen. Sie wissen doch genau, daß man die Aufnahme von Änderungen nun wirklich nicht in Prozentzahlen messen kann. Möglicherweise stehen in den Prozenten, die Sie abgelehnt haben, die entscheidenden Änderungen. Das ist eine billige Ausrede.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Dr. Vesper - -

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Wir bleiben also bei unserer Ablehnung, und ich gehe jetzt gleich mit dem Kollegen W. zum Essen. - Danke schön.

(Abgeordneter Herder [SPD]: Das war wichtig, letzteres!)

(D) Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Vesper. - Für die Landesregierung spricht die Frau Ministerin Brusi. Bitte schön.

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusi: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Lassen Sie mich mit den in der zweiten Lesung von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgetragenen rechtlichen Bedenken beginnen.

Herr Abgeordneter Vesper, diese rechtlichen Bedenken sind geprüft worden. Ich kann Ihnen sagen, daß mit der Drucksache zur Novellierung der baden-württembergischen Bauordnung, die in den dortigen Landtag eingebracht worden ist, auch auf diese Bedenken intensiv eingegangen worden ist. Ich werde Ihnen diese Drucksache gern zuleiten, dann können Sie nachlesen, daß Ihre Bedenken nicht zu Recht bestehen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr nett! Vielleicht schicken Sie sie Frau Nacken!)

(Ministerin Brusis)

- (A) Meine Herren und Damen! Ich habe in der zweiten Lesung auf die Beratungen, die 1984 stattgefunden haben, und auf einen Entschließungsantrag verwiesen, der damals auf Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen worden ist. Damals war klar: Weitere Vereinfachungen und Beschleunigungen können nicht mehr so sehr durch Abbau von Vorschriften erfolgen, sondern durch eine Änderung des Verfahrens. Die Landesregierung hat damals den Auftrag erhalten zu prüfen, ob man nicht Prüftätigkeiten von den Behörden wegnehmen und auf Sachverständige verlagern könne. Genau das, meine Herren und Damen, ist mit diesem Gesetzentwurf jetzt geschehen. Ich frage mich: Wie begründen Sie, meine Herren und Damen von der CDU-Fraktion, eigentlich Ihre Inkonsequenz in dieser Frage? Was Sie damals gewünscht haben, wird mit dieser neuen Bauordnung jetzt geschaffen.

Sie sagen: so nicht! Wir wollen es anders. - Ja, wie denn? Wo sind denn Ihre Änderungsanträge zur Frage der Sachverständigen?

(Zuruf der Abgeordneten Decking-Schwill [CDU])

Wo waren sie in den ganzen letzten Monaten?

- (B) (Beifall bei der SPD)

Sie sagen, Sie hätten keine Gelegenheit zu diskutieren gehabt. - Warum haben Sie denn, meine Herren und Damen von der CDU-Fraktion und von der F.D.P.-Fraktion, in den Ausschusssitzungen nicht diskutiert? Sie hätten doch Gelegenheit gehabt. Aber Sie haben sich immer auf Verfahrensfragen beschränkt, und Sie haben Ihre Vorurteile vorgetragen. Dies ist keine sachliche Beratung. Sie hätten Gelegenheit dazu gehabt.

An noch einer Stelle will ich Ihnen nachweisen, daß Sie inkonsequent - bewundernswert inkonsequent - sind. In Ihrem Entschließungsantrag fordern Sie die Freistellung von Baugenehmigungsverfahren für bestimmte Wohngebäude. Treffen da alle die Bedenken, die Sie gegen die Freistellung im Gesetzentwurf der Landesregierung vorbringen, nicht zu? Und Sie fordern die Freistellung genau für die kleinen Häuslebauer. Was sollen denn dann Ihre Krokodilstränen über den armen kleinen Häuslebauer? Sie fordern für ihn genau das, was in der Landesbauordnung steht.

(Beifall bei der SPD)

Dies, meine Herren und Damen, kann ich nur als inkonsequent bezeichnen.

(Abgeordnete Decking-Schwill [CDU]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Gestern ist im Landtag von Rheinland-Pfalz mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und CDU eine neue Bauordnung verabschiedet worden. Diese neue Landesbauordnung Rheinland-Pfalz entspricht nicht ganz derjenigen von Nordrhein-Westfalen, das gebe ich zu; aber das ist ja auch bei der bayerischen und der baden-württembergischen nicht ganz der Fall.

Jedoch sie gehen alle den gleichen Weg, nämlich Freistellung vom Baugenehmigungsverfahren für bestimmte Wohngebäude und Verlagerung von Prüftätigkeiten von den Bauaufsichtsbehörden auf Sachverständige. Warum ist das dort möglich und hier nicht?

(Abgeordneter Apostel [SPD]: Weil hier Wahlkampf ist!)

- Das ist vielleicht die richtige Antwort, ja.

Meine Herren und Damen, ich habe mich bei den letzten Beratungen mehrfach gefragt: Wie wären diese Debatten hier im Hause eigentlich gelaufen, wenn wir eine Bauordnung vorgelegt hätten, die nicht das Freistellungsverfahren und nicht die Einbeziehung von Sachverständigen vorgesehen hätte? - Ich kann mir Ihre Argumentation sehr gut vorstellen. Sie hätten auf Bayern verwiesen, Sie hätten auf Baden-Württemberg verwiesen, Sie hätten spätestens heute auf Rheinland-Pfalz verwiesen und gesagt: Bloß diese Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen bewegen sich nicht und halten an überkommenen Vorstellungen fest.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: So etwas würden wir nie machen!)

Nun gehen wir neue Wege, und da verläßt Sie der Mut. Ich kann Ihr Verhalten nur als inkonsequent und mutlos bezeichnen; etwas anderes ist es nicht.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Brusis)

- (A) Meine Herren und Damen, ich will mit einem Zitat des Verbandes der Westdeutschen Wohnungswirtschaft zur neuen Bauordnung schließen - ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten - :

Die vorgesehene Genehmigungsfreiheit für Gebäude bis zur Hochhausgrenze in Gebieten mit rechtskräftigen Bebauungsplänen und die Ausweitung des vereinfachten Genehmigungsverfahrens werden vom Verband nachhaltig unterstützt. Sie sind wichtige Schritte zur überfälligen Beschleunigung und Entbürokratisierung des Bauens und damit ein Beitrag zur notwendigen Kostensenkung im Wohnungsbau.

(Beifall bei der SPD)

Das neue Bauaufsichtsrecht verlangt Umdenken und neue Verhaltensweisen von allen Beteiligten. Die vorgesehene Entschlackung und Entbürokratisierung des Bauaufsichtsrechts berührt mancherlei Interessen und Besitzstände. Deshalb ist Widerstand dagegen von betroffenen Interessengruppen nicht überraschend. Der Verband der Westdeutschen Wohnungswirtschaft erwartet, daß die Landesregierung aller Widerstände zum Trotz an den nach vorne weisenden Kernelementen der neuen Landesbauordnung festhält und dafür im Landtag eine Mehrheit findet.

(B)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin Brusis. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung in dritter Lesung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/7153 ab. Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung**, diesen Gesetzentwurf in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung anzunehmen. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN verabschiedet.

Wir stimmen dann über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. Drucksache 11/8469 ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die antragstellenden Fraktionen. Wer ist dagegen? - Die SPD. Stimmenthaltungen? - Bei den GRÜNEN. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit Mehrheit abgelehnt und der Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

(C)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Neue Märkte, neue Technologien, neue Arbeitsplätze für Nordrhein-Westfalen - Strategie der Modernisierung -

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 11/8405

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Hombach das Wort.

Abgeordneter Hombach (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In einem sollten sich Wirtschaftspolitiker über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig sein: Die wirtschaftspolitischen Debatten müssen zukünftig breiter geführt werden. Zehn Minuten Redezeit bei einem solchen Schlüsselthema für unser Land reichen nicht einmal aus, um Ihnen den Antrags-text komplett zu verlesen. Er hätte das an sich verdient, denn er ist gar nicht so schlecht. Auch in Wahlkampfzeiten dürfen Zeitdruck und Zuspitzung nicht verschütten, was wir Wirtschaftspolitiker gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

(D)

Wir haben außerdem eine Menge gemeinsamer Pläne: Wir wollen unsere heimische Wirtschaft auf den Auslandsmärkten stärker unterstützen, wir werden uns der Sorgen und Nöte des Mittelstandes verstärkt annehmen, wir wollen neue Selbständigkeit fördern, wo immer es geht. Das Hohe Haus hat es schon einmal erlebt, daß wir selbst in Zeiten aufgeregter Energiedebatten sinnvoll nutzbare regenerative Energien wie die Wasserkraft gemeinsam vertreten können. Aus meiner Sicht dient das dem Gemeinwohl mehr als das Verlesen von Musterreden.

Mit unserem Antrag "Neue Märkte, neue Technologien, neue Arbeitsplätze" machen wir deutlich,